

Eine nationale Politik für Frauen

Das Memorandum der National Council of Women Organisations – NCWO

Eines der Ergebnisse der UNO-Frauendekade (1975-85) waren die Regierungsinitiativen, die zeigen sollten, daß das Problem „Frauen in der Entwicklung“ ernst genommen wird. In Malaysia führte es zur Gründung einer Abteilung für Frauenangelegenheiten innerhalb des Amtes des Premierministers. Es wurden zahlreiche Seminare und Konferenzen veranstaltet, die sich mit der Frage Frauen und Entwicklung auseinandersetzen. Allerdings, wie in anderen Ländern haben die Frauen letztendlich kaum davon profitiert.

Bereits in den Diskussionen von Ende der 70er Jahre an und in den 80er Jahren wurde immer deutlicher, daß außer Lippenbekenntnissen zur Beteiligung von Frauen an der Entwicklung, wenig getan wurde, um grundsätzliche Probleme anzugehen, die eine solche Beteiligung behindern. Als Antwort darauf haben Frauenorganisationen und einzelne Frauen über Jahre hinweg versucht, einen besonderen Abschnitt zu Frauen im Fünf-Jahres-Plan zu verankern, der Entwicklungsstrategien und -ziele für die Nation festlegt. Der jüngste und ausführlichste Versuch hierzu ist die Veröf-

Dok. Nr.: 4519

Archiv, Südostasien-Informationenstelle

fentlichung eines Memorandums zu einer nationalen Frauenpolitik vom Nationalen Rat der Frauenorganisationen (National Council of Women's Organisations – NCWO) Ende 1989. Es ist das Ergebnis ausführlicher Diskussionen von Frauenorganisationen im ganzen Land, von denen hier die wesentlichsten Gesichtspunkte wiedergegeben werden.

Die Präambel

Der NCWO bezieht sich auf den generellen Zusammenhang des Memorandums, indem er feststellt:

„Frauen sind konfrontiert mit dem Erbe von Ungleichheitsstrukturen, die verstärkt werden von falschen Auffassungen, die einen scheinbar unendlichen

Leitlinien

„Die nationale Frauenpolitik geht von den Grundsätzen der Verfassung aus, wonach die Grundrechte, Freiheit und Gleichheit allen Bürgern garantiert werden. Sie bezieht sich auch auf den stattfindenden nationalen Entwicklungsprozeß, dessen Erfolg auf der kontinuierlichen Entwicklung, Optimierung und vollständigen Nutzung des menschlichen Kräftepotentials von Frauen und Männern aus allen Schichten der Gesellschaft aufbaut.

(...) Sie setzt sich zum Ziel die volle Beteiligung von Frauen in aktiver Partnerschaft in der Leitung unserer Wirtschaft im Einklang mit den soziopolitischen Strukturen, unter gleichzeitiger Anerkennung der vielseitigen Rolle von Frauen in reproduktiver, produktiver und verwaltender Arbeit.



Kreislauf herstellen, der die Schritte ihrer eigenen, persönlichen Entwicklung verzögert, sie hauptsächlich in den Reproduktionsbereich verweist, ihnen minimale Chancen gibt oder verhindert, daß sie ihre Möglichkeiten für die nationale Entwicklung nutzbar machen können. Dieser Kreislauf muß durchbrochen werden, wenn Frauen effektiv für die nationale Entwicklung mobilisiert werden sollen.“

(...) Die Einbeziehung von Frauenfragen in die großen Programme und Prozesse der Entwicklung sollte in der gemeinsamen Verantwortung von Regierungs- und Nicht-Regierungsbereichen, sowie im öffentlichen Interesse liegen. Somit sollte die Durchsetzung der Politik nicht die begrenzte Aufgabe eines/r bestimmten Geschlechts, Behörde oder sektoralen Gruppe sein.“

Strategien der Durchsetzung

Die allgemeinen Ziele werden festgelegt, um eine effiziente, effektive, konsistente und einheitliche Durchführung zu garantieren. Die Ziele dienen dazu,

- auf breiter Ebene Kenntnisse und Bewußtsein von Frauenfragen zu schaffen;

- Frauenfragen in der Bürokratie durch administrative Maßnahmen und durch Einstellungsänderungen durchzusetzen ;

- Partnerschaft herzustellen und Bemühungen innerhalb des Regierungsapparates und zwischen Regierungs- und Nicht-Regierungsorganisationen die Bedeutung von Frauen im Entwicklungsprozeß herauszustellen zu unterstützen.

Das Memorandum fordert die unverzügliche Aufwertung der bisherigen Abteilung für Frauenangelegenheiten durch die sofortige Einrichtung eines eigenständigen Frauenministeriums. Dies wird als Voraussetzung und Zeichen dafür gesehen, daß Frauenfragen von Regierung und Behörde wirklich ernst genommen werden.

WAY IS IT LIKE THIS?
ARE WE WOMEN SO INCOMPLETE THAT WE ARE A BODY WITHOUT A HEAD? — IS OUR BODY COMPLETED ONLY BY THE HUSBAND WHO ALONE POSSESSES A HEAD? — ARE WE WOMEN THEN NOT MADE EQUAL? — ARE WE NOT MADE AS HUMAN BEINGS WITH SOUL AND BODY? — ARE WE NOT MADE IN THE IMAGE OF GOD?

BUT ALL RELIGIONS IN THE MALAYSIAN CULTURE SAY THE SAME THING ...



ITS RELIGION INTERPRETED BY MEN — TO MAINTAIN POWER AND CONTROL OVER WOMEN!

soziokulturelle Werte und Bräuche bei. Beobachtungen zeigen, daß Mädchen und Frauen nicht ihren benötigten Anteil an Lebensmitteln in der Familie erhalten. Insbesondere die Mütter erhalten einen geringeren Nahrungsanteil, auf den sie meist zu Gunsten des Brotverdieners, des Ehemannes, verzichten.“



Soziokulturelle Faktoren sind ein Grund. In einer Zeit, in der immer mehr Frauen auf den Arbeitsmarkt gedrängt werden, sind die Gesundheitsbedingungen am Arbeitsplatz ein weiterer:

„Gesundheitsrisiken schließen latente Krankheiten wie Krebs, Lungenerkrankungen durch giftige Chemikalien an bestimmten Maschinen, Sterilität durch Radioaktivität und andere Beeinträchtigungen der Reproduktionsfähigkeit von Frauen ein, sowie Augenkrankheiten bei Frauen in Elektronikfabriken für Mikrochips und Vergiftungen durch das Versprühen von Insektiziden auf Plantagen (...).

Allgemein wird festgestellt, daß „Gesundheit viele Bereiche betrifft, die über das hinausgehen, was vom Gesundheitsministerium behandelt wird. Eine gute Gesundheit hängt auch vom Vorhandensein ausreichender und ausgewogener Ernährung, sauberer Wasserversorgung, vernünftiger sanitärer Einrichtungen, sauberer Luft und anderer Umweltbedingungen ab. Multisektorale Koordination ist notwendig, um eine umfassende Gesundheitsversorgung zu ermöglichen.“

Für die Durchführung einer nationalen Gesundheitspolitik sind somit besondere Initiativen durch die entsprechenden Regierungsstellen nötig:



- gleichmäßige Verteilung der Gesundheitsversorgungseinrichtungen;
- Verbindung westlicher und traditioneller Gesundheitsversorgungssysteme, um die Sicherheit und Zugänglichkeit für alle zu gewährleisten;
- eine vernünftige Rauschgiftpolitik;
- strenge Gesundheitsschutzgesetze (z.B. am Arbeitsplatz);
- besondere Aufmerksamkeit auf Basisgesundheitsdienste und soziale Einrichtungen;
- zweckmäßige Ausbildungs- und Forschungseinrichtungen.

Bildung

„Alle Bürger haben das Grundrecht auf Bildung. Trotz der allgemein günstigen Situation von Frauen im Bildungsbereich, gibt es immer noch Probleme, mit denen man sich auseinandersetzen muß, um die Effektivität des Bildungswesens zur Durchsetzung von Gleichberechtigung und zur Verbesserung des Frauenstatus zu erhöhen. (...) Das letztendliche Ziel der Bildung ist, jede Frau in die Lage zu versetzen, ihre Fähigkeiten zur Selbstverwirklichung und Produktivität vollständig zu entwickeln. Das wird ihr ermöglichen, zum Wohle der Gemeinschaft und der gesamten Gesellschaft beizutragen, so wie sie es für die Familie tut. Von zentraler Bedeutung für dieses Ziel ist die Einübung (Einschärfung) vernünftiger Werte, Einstellungen und Perspektiven für beide Geschlechter, die einen gegenseitigen Respekt, sowie die Anerkennung der individuellen Rechte und Fähigkeiten als menschliche Wesen hervorbringen frei von Einschränkungen durch geschlechtsspezifische Kategorisierung und Stereotypen.“

Konkrete Vorschläge beinhalten unter anderem die Durchsicht aller Bildungs- und Übungsmaterialien, um ge-



schlechtsspezifische Vorurteile zu entfernen, eine entsprechende Durchsicht von Ausbildungsführern, Einführung eines Bereichs „Erziehung zum Familienleben“ in den Lehrplänen, um eine konstruktive Einstellungsänderung zu begünstigen, mehr Ausbildung von technischen Fertigkeiten für Frauen, Einführung flexibler Kurse der Erwachsenenbildung, die eine Beteiligung von Frauen erleichtern, und eine Prüfung der Zulassungsverfahren auf allen Stufen im Bildungsprozeß, um Strategien entwickeln zu können, die eine größere Beteiligung von Frauen fördern.

Recht

Das Memorandum macht auf die Existenz von einer Reihe von Gesetzen aufmerksam, welche Frauen diskriminieren, wie das Pflugschaftsgesetz für Kleinkinder (Guardianship of Infants Act - 1961), die Erbschafts-Verordnung (Distribution Ordinance - 1958), das Einkommenssteuergesetz, das Arbeits- und Sozialgesetz (Labour and Social Security Act - 1969) und das Gesetz zum Schutze von Frauen und Mädchen (Women and Girls Protection Act). Es fordert ein Veränderung dieser Gesetze. Zusätzlich sollten Gesetze in Bereichen eingeführt werden, wo Frauen nur wenig oder keinen besonderen Schutz haben, insbesondere ein Gesetz zur Gewalt in Ehe und Familie (Domestic Violence Act), ein Gesetz zur geschlechtlichen Diskriminierung und ein Gesetz zum Unfallschutz für Frauen bei der Hausarbeit.

Ferner wird eine Vereinfachung des Zuganges zur Rechtsprechung gefordert, damit Frauen sich Beratung und Rechtsvertretung z.B. aufgrund von Rechtshilfeprogramme leisten können. Familiengerichte sollten auf allen Ebenen eingerichtet werden, um eine

schnelle Schlichtung von Familienstreitigkeiten sicherzustellen. In bezug auf islamisches Recht, werden Reformen vorgeschlagen, die Struktur, die Besetzung, die Machtbefugnisse und die Verfahrensweisen der Syaria-Gerichte derart ändern, daß die Diskriminierung von Frauen beseitigt wird.

Beschäftigungspolitik

„Frauen machen 50% der malaysischen Bevölkerung aus und eine beträchtliche Anzahl von Haushalten wird von Frauen geführt. Trotzdem herrscht die Auffassung vor, daß die Beteiligung von Frauen im Wirtschaftsleben zusätzlich und peripher sei. Somit bleiben Frauen an Armut und Entbehrung gebunden, die bereits unter ihnen existiert, und ihnen wird Gleichbehandlung und Gerechtigkeit wegen dieser Annahmen über die untergeordnete Rolle von Frauen vorenthalten.“

„Die Bereiche, in denen vorwiegend Frauen lohnabhängig beschäftigt werden, zeichnen sich durch geringen Ausbildungsstand und Entlohnung, schlechte Arbeitsbedingungen, wenig Aufstiegsmöglichkeiten und kaum Flexibilität aus.“

Es werden Untersuchungen zitiert, in denen festgestellt wird, daß Frauen nur 74-79 % der männlichen Löhne erhalten, obgleich sie dieselben Arbeiten verrichten. Bei den monatlichen Gehältern ist es ähnlich, was die Behauptung von Arbeitgebern und Regierungsstellen über „gleiche Bezahlung“ Lügen straft.

Mangelnde Kenntnisse über Rechte und damit Vergünstigungen sind charakteristisch für die weiblichen Arbeitskräfte. In diesem Zusammenhang sollten die besonderen Bedürfnisse von Frauen bezüglich Mutterschaftsvergünstigungen und -schutz in die Verantwortung der ganzen Gesellschaft gelegt werden mit entsprechenden Strukturen.

Der fehlende Zugang zu Boden, Krediten, Ausbildung, gewerkschaftlichem Schutz, Planungs- und Führungspositionen, Gesundheit und Sicherheit und der fehlende Schutz vor sexueller Belästigung haben verheerende Auswirkungen auf die Beteiligung von Frauen im Arbeitsleben und ihren Beitrag zur nationalen Entwicklung. Ein Politik gegen diese Erscheinungsformen wird gefordert.

Politik und Führung

„Entwicklung ist ein politischer Prozeß, der eine weitestgehende Beteiligung von Männern und Frauen bei der Formulierung von Politik und Gesetzen erfordert. (...) Das politische Hauptziel für Frauen ist ihre volle Beteiligung am politischen Entscheidungsprozeß und ihre Einbeziehung in die politischen

Strukturen. Die Ausübung politischer Rechte darf nicht auf traditionelle Frauensangelegenheiten beschränkt werden.“

Frauen sind in der Politik völlig unterrepräsentiert. Ein Beispiel ist die „Wanita UMNO“ (die Frauenorganisation der wichtigsten Regierungspartei), die 55% der Mitglieder UMNOs stellt, aber im Parlament ist der Anteil von Frauen lediglich bei 4,5%.

Deshalb wird vorgeschlagen, konstruktive Schritte einzuleiten, um den Frauenanteil auf allen Entscheidungsebenen der Gesellschaft zu vergrößern, die Exekutive, Legislative und Rechtsprechung miteingeschlossen.

Medien

Das Bild der Frauen in den Medien beeinflusst maßgeblich die Einstellung und die Dynamik einer Gesellschaft.



„Frauen sind in dreierlei Hinsicht durch die Medien betroffen: als Produzentinnen der Medien in der Industrie, als Objekte der Medienbetrachtung und als Konsumentinnen.“

„Die traditionelle Rolle als Ehefrau, Mutter und Hausarbeiterin, sowie als Zier- oder Sexualobjekt wird nach wie vor von den einheimischen Medien verbreitet. Es wird ein Gesamteindruck von Frauen als oberflächliches Wesen erzeugt, die lediglich in Haushaltsangelegenheiten kompetent sind. Es wird höchste Zeit, daß in der Darstellungsweise von Frauen in den Medien ihre zentrale Rolle, die sie bei allen Aspekten des Lebens in diesem Lande spielen, anerkannt wird.“

Mit Beunruhigung wird der Trend zur Kommerzialisierung der Medien zur Kenntnis genommen. Die kommerziel-

len Medien beuten die Frauen aus. Kontrollmechanismen sollten entwickelt werden, die nicht nur eine Verschlechterung der Situation verhindern, sondern eine wahrheitsgemäße und gerechte Darstellung von Frauen in den Medien fördert.

Religion

„In Malaysia gibt es eine Mannigfaltigkeit von Religionen und Traditionen, die zum Reichtum des kulturellen und sozialen Lebens beitragen. Bei allem Respekt vor der Vielfalt ist es ebenso wichtig, die grundlegenden Menschenrechte für Frauen, wie sie im Kern aller Religionen verankert sind, vor Einschränkungen durch religiöse Interpretationen und Bräuche zu schützen. Frauen aller Glaubensrichtungen sollten sich solidarisch zusammensetzen und gemeinsam Position zu Problemen und Fragen, die ihre Rechte verletzen, beziehen. (...) Es ist sehr nötig, von Religionsinterpretationen abgeleitete Werte und Bräuche zu untersuchen, die Frauen unterdrücken und ihnen ihre Unabhängigkeit versagen, und Neuformulierungen von Interpretationen im wahren Geiste von Gerechtigkeit, Gleichheit und menschlicher Würde zu erarbeiten.“

Zur Durchsetzung wird die Förderung einer Beteiligung von mehr Frauen in den Führungsgremien der Religionsgemeinschaften gefordert, sowie die Neuformulierung von Religionsgesetzen und -geboten (einschließlich islamischer Gesetze), um angemessen die Bestrebungen und Würde von Frauen zu berücksichtigen.

Gewalt gegen Frauen

Die Einstellung, Frauen als Eigentum oder zweitklassige Mitglieder einer Gesellschaft zu sehen, hat weltweit zu Gewaltanwendungen gegen Frauen geführt.

„Frauen sind die Hauptopfer von Gewalt und dies ist ein Ausdruck der ungleichen Beziehungen zwischen Mann und Frau. Im Gegensatz zur allgemeinen Annahme ist Gewalt gegen Frauen nicht nur offene, körperliche Gewalt. Soziale Normen rechtfertigen häufig, daß Gewalt, insbesondere in der Familie, subtil aber wirkungsvoll vor der Öffentlichkeit versteckt bleibt. Der traditionell niedrigere Status von Frauen hat sie immer zum Objekt der männlichen Autorität und verletzbar zum Mißbrauch ausgeliefert.“

Sexuelle Belästigung, Vergewaltigung, Gewalt in der Familie, Inzest und Prostitution werden als Ausdruck dieses Verhältnisses gesehen. Die Tatsache, daß es die Frau ist, die häufig stigmatisiert wird und ihren Ruf verliert, weil sie mißhandelt wurde, ist eine offe-

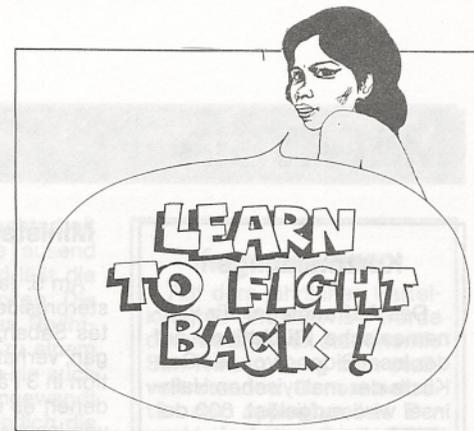
ne Anklage gegen die Einstellungen und Normen einer Gesellschaft. Der Schutz von Frauen liegt in der Verantwortung der Regierung und der Gesellschaft und muß durch Maßnahmen im Bildungsbereich (Einstellungsänderung) und in der Rechtsprechung (Sicherstellung eines Rechtssystems, daß Männer für ihre Gewaltanwendung zur Rechenschaft zieht) erreicht werden.

Einschätzung

Die Dokumentation von Bereichen, welche der NCWO behandelt, ist umfangreich. Allerdings ist sie als Vorschlag für eine Strategie zur Abschaffung von Diskriminierung und Unterdrückung von Frauen mit schweren Mängeln behaftet.

In der Art und Weise, wie das Memorandum abgefaßt wurde, erweckt es den Eindruck, daß das Problem, die Diskriminierung von Frauen, durch eine ausreichende Dosierung von „heilender Medizin“ für die betroffenen Teile bewältigt werden könnte. Es ist ein Dokument, das sich an die Regierung richtet, und deshalb nicht ernsthaft die Frage stellt, ob nicht die Grundlage des Handelns der Regierung selbst ein Hauptproblem ist. Es suggeriert die Möglichkeit, daß durch Maßnahmen von oben Antworten gegeben werden können, eine Annahme, die viele für etwas naiv und unrealistisch halten.

Erfahrungen in der ganzen Welt zeigen, daß die paternalistischen und kapitalistischen, staatlichen Strukturen, welche die malaysische Regierung präsentiert, eine Klassen- und Geschlechterteilung, die Grundlagen der Geschlechterdiskriminierung, fördern. Auf der Konferenz in Nairobi 1985, am Ende der UNO Frauendekade, be-



schrieben Sprecherinnen aus der ganzen Welt immer wieder, wie Reformen von oben versagt haben, weil diese Prozesse die grundlegenden Ursachen von Frauenunterdrückung ignorierten.

Wenn auch zeitweilige Erleichterungen in einigen Situationen durch die von dem NCWO vorgeschlagenen Maßnahmen erreicht werden können, so fehlt doch eine langfristige Strategie. Dies bedarf sicherlich einer Mobilisierung der Masse von Frauen (und Männer), um Wege zur Bewußtwerdung, Beteiligung und Befähigung zu öffnen. Gerade solch eine Strategie wurde von der malaysischen Regierung bekämpft, wie die Inhaftierung von über 100 Regierungskritikern 1987 zeigte. Unter ihnen waren eine große Anzahl von Frauenaktivistinnen und andere führende Mitglieder von öffentlichen Interessengruppen, die „alternative“ Informationen förderten und sich für eine stärkere Einmischung der Öffentlichkeit in die Belange der Nation einsetzten. Solange die Grundrechte der Meinungsäußerung, Vereinigung und Versammlung von der Regierung nicht respektiert werden, bleiben die Möglichkeiten für Frauen und Männer, mit ihren Ideen und Erfahrungen zur Lösung der Probleme beizutragen begrenzt. Statt dessen wird die herrschende Elite die Interessen der Frauen dominieren und sie vertreten.

Damit sollen die Bemühungen des NCWO nicht herabgesetzt werden. Bei der Erarbeitung des Memorandums haben sie im ganzen Land örtliche Frauenorganisationen konsultiert, um Einblicke und Meinungen zu erhalten. All die Bereiche, die sie behandeln sind von großer Bedeutung und als Teil eines allgemeinen Bildungsprozesses in der Gesellschaft, als Teil kontinuierlicher Bemühungen, männliche Politiker und Bürokraten von der Bedeutung der Geschlechterfragen zu überzeugen, zu überzeugen.

Aus SIMBA Newsletter, May 1989
(Übersetzung: Peter Franke)

Die Comis stammen aus einer Aufklärungs- und Aktionsbroschüre über Gewalt in der Ehe der All Women's Action Society (AWAM), die im Rahmen einer Kampagne »Gewalt gegen Frauen« 1988 in Kuala Lumpur veröffentlicht wurde.

